

# Kiels künftige Kooperation

Wie Rot-Grün sich die Zusammenarbeit im neuen Rat vorstellt – 27-seitiges Vertragswerk präsentiert

**Kiel – 27 Seiten umfasst der rot-grüne Kooperationsvertrag, den SPD und Grüne gestern präsentierten.**

**Soziales, Kinderfreundlichkeit, Klimaschutz und qualitatives Wachstum bilden dabei die Eckpfeiler. Der**

**SSW bot die verbindliche Zustimmung in Sachfragen einschließlich des Haushalts an.**

mad

## Im Blick

Auszüge aus den Planungen für die nächsten fünf Jahre



## Entwicklungsplan für den Sport ...

Kiel bekommt einen Sportentwicklungsplan, heißt es in dem Papier: Dieser soll zusammen mit Vereinen und Sportverband die Weichen für das gesamte Sportangebot inklusive Schwimmen in der Stadt stellen sowie für eine neue Struktur, die die Finanzierungsfragen einschließt. Kernaussage dabei: „Sanierung statt Neubau hat Vorrang“. Zu den Finanzierungsfragen gehörten auch der Wegfall der Hallennutzungsgebühr; die Bewirtschaftung der Hallen, die Verwaltung und Zuweisung der Sporthallenzeiten sowie Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien den

Die Parteitage von SPD und Grünen stimmen heute über den Kooperationsvertrag ab: SPD-Kreischef Rolf Fischer, Anke Erdmann, Fraktionschef Lutz Oschmann, Kreisvorsitzender Dirk Scheelje (alle drei von den Grünen), Antje Danker (SSW) und SPD-Fraktionschef Ralph Müller/Beck (von links) stellten ihn gestern der Presse im SPD-Kreisbüro vor.

Foto JKK



# Energiepolitik: Klare Absage an Kohle

Schon vor der Vorstellung des Vertrags war durchgesickert, dass er eine klare Absage an Kohle enthält. Wörtlich heißt es: „In Kiel wird kein neues Kohlekraftwerk gebaut“. Unter dem Kapitel „Klimaschutzstadt Kiel“ wird betont, dass wegen des Klimawandels und bei Erreichung der nationalen Klimaschutzziele, bis 2020 den Ausstoß von CO<sub>2</sub> um 40 Prozent zu verringern, sich beide Kooperationspartner einig waren, dass man aus der „ineffizienten Kohleverbrennung“ aussteigen muss. Die Stadt soll jetzt mit Unterstützung

von Gutachtern ein Zukunftskonzept „Klimaverträgliche Energieerzeugung und Versorgung“ entwickeln und sich dabei an das vom Rat im Mai beschlossene Konzept anlehnen. Die Marschrichtung: Hin zu einer dezentralen Energieerzeugung. Zu den Anforderungen an das Konzept gehören danach Potenzialuntersuchungen unter anderem zu Energieeinsparungen, Arbeitplatzeffekte, Nutzung erneuerbarer Energien und Erhalt einer angemessenen Dividende der Stadtwerke. Sowohl für Privatkunden als auch Firmen müssten Energiepreise bezahlbar bleiben.

## Vorrang für die StadtRegionalBahn

Der Vertrag räumt der umstrittenen StadtRegionalBahn Vorrang ein: SPD und Grüne wollen das 350-Millionen-Euro-Projekt in das erste Arbeitsprogramm des Verkehrsentwicklungsplans aufnehmen. Doch bevor die Bahn auf die Schienen kommen soll, zählen beide Parteien eine Finanzierungsvereinbarung zwischen Kiel und den Kreisen Plön und Rendsburg/Eckernförde sowie mit privaten Partnern zu den vordringlichen Aufgaben. Zu denen gehört auch der „verpflichtende Eintritt von

Bund und Land“.

Die ehemaligen Bahnhaltepunkte in Russee, Elmschenhagen und Kroog sollen dabei „vorrangig“ wieder eröffnet, die Kieler Verkehrsgesellschaft in die Betreibergesellschaft der StadtRegionalBahn einbezogen werden. Für die ebenfalls umstrittene Anschlussstelle Uhlenkrog und die Bereichsplanung Hassee versprechen beide Parteien ein Beteiligungsverfahren der Bevölkerung mit externen Moderatoren wie auch Einwohnerparkzonen im Saarviertel.

# 500 neue Arbeitsplätze sollen entstehen

Schon vor der Wahl hatte sich die SPD für eine aktive Arbeitsmarktpolitik der Stadt sowie für ein neues Dezernat für Arbeit und Wirtschaft stark gemacht. Beide Punkte finden sich im Vertrag wieder: Das Dezernat soll bei Beschränkung auf die bisherige Dezernatszähl ebenso entstehen wie 500 neue Arbeitsplätze durch die Umwandlung der Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose. Zudem ist ein Fonds für innovative Beschäftigungsförderung geplant.

Die neuen Partner wollen eine Regionalentwicklungsgesellschaft mit den Nachbarn

gründen und nicht, wie von der Verwaltungsspitze geplant, eine reine Wirtschaftsförderungsgesellschaft als Nachfolgeorganisation für das Technologiebündnis K.E.R.N. Bei der Daseinsvorsorge wie Energie, Wärme, Wasser und Verkehr setzen beide auf die Kommunalwirtschaft: Wörtlich heißt es, die 49-Prozent-Anteile an der Kieler Verkehrsgesellschaft werden zurückgekauft. Der Rückkauf von 51 Prozent Anteilen an den Stadtwerken wird geprüft. Bei der Stadtentwässerung soll es keine gesonderte Betriebsführungsgesellschaft mehr mit einem privaten Partner geben.

## Auf dem Weg zu einer modernen Stadt

Unter dem Kapitel „Kreative Stadt“ heißt es, dass man den Weg verfolgen wolle, Kiel zu einer modernen europäischen Stadt am Wasser zu entwickeln. An das Projekt Mega-Jachthafen knüpfen SPD und Grüne Bedingungen: „Wir werden nur unter der Voraussetzung einer vollständigen Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit, seiner sozialen Verträglichkeit und einer baulich attraktiven Lösung zustimmen.“

Aufwertung des Altstadttinnsel und Stärkung der Innenstadt werden ebenfalls als

Eckpunkte aufgeführt. „Für die Entwicklung des Einzelhandels sind Konzepte für Einkaufszentren wie die Rathaus Galerie und im Bereich der Altstadt voranzubringen“, steht im Vertrag. Mündlich erläuterten die beiden Parteien gestern, für die Rathaus Galerie aber einen Bebauungsplan aufstellen zu lassen, der vermutlich etwa ein Jahr dauere. Der Alte Markt soll durch Rückbau von Pavillons wieder zu einem Platz werden, die Altstadt von parkenden Autos weitgehend befreit werden.